

Rainer Bode

Kulturrat NRW, Beratung der Hilfesuchenden für Corona-Soforthilfen

Herr Bode: Meine Damen und Herren, danke für die Einladung. Man berichtet immer gern auch über die Dinge, die man in der letzten Zeit ziemlich intensiv verfolgt und das ein oder andere bewegt hat. Ich mache die Corona-Sprechstunde für den Kulturrat NRW, unterstützt vom Land. Das war damals im April so vorgesehen und ich war selber skeptisch, ob das überhaupt notwendig ist. Braucht man das? Die Leute wissen doch schon Bescheid. Es war auch erst mal nur für einen Monat vorgesehen, aber es war dann doch ziemlich notwendig. Ich bin selber mittlerweile Rentenbezieher, deswegen konnte ich auch ein bisschen mehr Zeit in die ganze Geschichte investieren. Ich war lange Zeit Geschäftsführer der LAG Soziokultureller Zentren (bis Ende 2018) und von daher kannte ich die Dimension vom Verwaltungshandeln, von Strukturen gut.

Wir hatten zusammen, Harald Redmer und ich, im Zeitraum von Mitte April bis Anfang September 2020 ungefähr 900 bis 1.000 Beratungen, manchmal einmalig, oft mehrmals. Manche waren sehr intensiv und ich konnte wieder auf mein Sozialarbeiterstudium zurückgreifen. Das war schon notwendig. Ich habe auch viele kulturpolitische Diskussionen geführt. Da bekommt man dann wirklich die Alltagssorgen der Künstler*innen mit und es ist nochmal klar geworden, dass da vieles durchs Raster gefallen ist und der Job war es, Hilfestellung zu geben. Ich geh jetzt nur auf die einzelnen Punkte und Probleme ein und zwar rückblickend, aber als Botschaft nach dem Motto, zukünftig wollen oder sollten wir alle Förderprogramme auf den Prüfstand stellen, ob man die vielleicht auch besser machen kann. Also die Fehler, die gemacht wurden, sollten nicht wiederholt werden. Nehmen wir das erste Programm: Kultur-Soforthilfe, die 2.000 Euro, das war schnell und hervorragend, aber es war dann natürlich zu schnell das Geld weg. Manchmal waren auch die Vorgaben zu groß, aber es war der erste Versuch. Was ich für alle Programme meine: Es ist gut, dass Politik und Verwaltung schnell reagiert und schnell Geld „rausgehauen“ haben. Aber die Zeit seitdem hätte man noch besser nutzen können, um die ganzen Schwierigkeiten, die damit gekommen sind, zu beheben. Dass nochmal 27 Millionen aufgelegt worden sind, haben wir relativ früh

drauf gedrängt. Auch darauf, dass man das früher hätte machen müsse, weil der Bedarf einfach viel höher war. Ich weiß nicht woran das lag, aber meiner Einschätzung nach haben das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium zu lange blockiert. Man hätte das wirklich früher machen können. Das hat zur Folge gehabt, dass von den 27 Millionen Euro nur 7, 8, 9 oder 10 Millionen ausgegeben worden sind, denn viele Künstler*innen waren schon auf anderen Förderschienen unterwegs. Dann gab es diese Stichtagsregel 09. April. Viele hatten in den FAQ's gesehen, dass man bis zum 31. Mai beantragen kann und sie haben gewartet, nach dem Motto „ist ja genug Zeit“ oder sie kamen mit der Technik nicht klar. Dass die Technik am Anfang nicht so gut funktioniert hat, ist mir auch klar. Fast jeder der diese Seiten programmiert, kriegt Probleme. Aber das Problem ist, dass die Künstler*innen darunter leiden mussten. Die hatten das Problem, das sie nicht durch kamen bzw. es funktionierte nicht. Also man sollte bei den nächsten Programmen, die es wahrscheinlich leider geben muss, weil Corona uns bleibt, anders damit umgehen. Deswegen waren viele nicht mehr für den Nachschlag antragsberechtigt, weil sie den Erstantrag erst nach dem 9.4.2020 gestellt oder versucht hatten.

Jetzt kommen wir zu dem leidigen Thema Soforthilfe. Das Wirtschaftsministerium ist schon benannt worden, die Problemlage 01. April ist bekannt. Bis dahin waren die Lebenshaltungskosten in der Soforthilfe mit enthalten und viele haben darauf vertraut, haben das Geld jetzt ausgegeben oder manche nicht. Und ab dem 1.4. waren die Lebenshaltungskosten wieder draußen. Ich habe immer in den Informationsschreiben (Corona-Sprechstunden) darauf hingewiesen: Immer in Ruhe abwarten, bis die endgültige Klärung kommt. Aber das war dann ein großes Problem. Viele haben darauf vertraut. Es wird nach meiner Ansicht auf jeden Fall eine Klagewelle geben. Verantwortlich ist nicht das Land, sondern die Minister Altmaier und Scholz, der Bund also, die haben geblockt, die haben gesagt „können wir nicht, wollen wir nicht“. Der Bund, das Wirtschaftsministerium, hat immer zu sehr auf die kleinen Unternehmen geschaut. Die Solo-Selbstständigen und Künstler*innen, wo ich mein Hauptaugenmerk darauf lege, sind dann ziemlich außen vor. Die sind dann damit durchs Raster gefallen. Dann ist vielen Solo-Selbstständigen klar geworden, dass man nur die Betriebskosten abrechnen kann. Ich hab auch, wie viele andere auch, mitdiskutiert, mit dem Wirtschaftsministerium, damit die Liste der Betriebskosten auch lang genug wird und was man alles unter Betriebskosten fasst.

Dass man das auch erweitert, dass man nicht nur einfach eine Liste macht, die man beim Steuerberater abgibt, sondern generell, deswegen ist die Liste auch länger. Wir haben das immer auch veröffentlicht, was man da alles drunter verstehen kann. Aber dann kamen immer wieder Kleinigkeiten, die man nachhaken musste. Künstler brauchen auch manchmal einen Computer. Die Apple-Fraktion, die einen Computer für 2.000 Euro kauft, darf das nicht abrechnen. Die andere Fraktion, die vielleicht den PC in Einzelteilen neu kauft, darf das doch? Deswegen solche schizophrene Geschichten, die reinkommen Es gibt keine Begründung dazu.

Ich hab dann eine Umfrage gemacht, wer hat wie viele Betriebsausgaben? Ich hatte einen Rücklauf von ca. 200 Künstler*innen, die mir geschrieben haben, wonach die Betriebsausgaben von ca. 50 % bis zu 3.000,00 Euro haben, mehr aber auch nicht. Das ist sozusagen der Durchschnitt. Leute, die 7.000 bis 8.000 Euro Betriebsausgaben haben waren, die wenigsten. Das hätte zur Folge gehabt, wenn man das durchdekliniert, dass die Hälfte und noch mehr von diesen 9.000 Euro zurückgezahlt werden müssten. Auf der anderen Seite gibt man das Geld raus, nachher kommt das vieles oder alles wieder zurück. Dazu gab es ein großes Problem, weil die Leute nicht auf die Betriebsausgaben kommen, die sie normalerweise haben durch die Reduzierung oder Ausfall ihrer Veranstaltungen. Und dann kam noch die nächste Schwierigkeit. Die Frage der verschurbelten FAQ's, wo dann drinsteht, Überkompensation darf nicht möglich sein. Die FAQ's versuchten das verständlich zu machen, ist aber nicht ganz gelungen. Das heißt, ursprünglich war vorgesehen, dass alle Einnahmen, die die Leute in dem Zeitraum bekommen haben, mit eingerechnet werden. Die Verwertungsgesellschaften wie GEMA, die GVL, die VG Bild und Kunst haben gesagt, jetzt müssen wir etwas für die Künstler*innen tun. Also haben sie Geld ausgezahlt. So die GVL, die zum Teil neun Jahre im Voraus zahlten. Die GEMA, die machen die obligatorische Auszahlung im Juli. Diese Einnahmen sollten dann aber mit der Soforthilfe verrechnet werden. Das hätte aber zur Folge gehabt, dass der Durchschnitt von viereinhalbtausend Euro Rückzahlung auch noch mal einkassiert worden wäre. Das heißt, die Rückzahlungsquote wäre noch größer geworden. Da haben wir immer drauf hingewiesen, dass das so nicht geht. Oder Künstler, die die ersten Versuche machen, aufzutreten, die sind gestraft, wenn sie auftreten, wenn sie kleine Gagen kriegen, das wär alles wieder einkassiert worden. Diese Fragen sind nicht beachtet worden. Ich habe an anderer Stelle, nicht im Rahmen des Kulturrats, einen Aufruf mit

Kollegen auch hier aus Köln publiziert und in die Breite gestreut, den Aufruf, Corona Hilfen nach zu bessern, siehe <https://corona-hilfen-nachbessern.de/>. Wir haben den Bund damit konfrontiert, alle Minister*innen, alle Abgeordneten, wir haben immer wieder darauf hingewiesen. Das hat u.a. zumindest dazu geführt, dass es jetzt ein paar Änderungen gibt, dass man sozusagen bei der Einnahmenregelung Korrekturen gemacht haben. Dann gab es den Stopp der Rückzahlungsmeldungen. Diese Frage ist immer noch nicht endgültig geklärt, wann die Rückzahlung der Zuviel gezahlten folgen soll. Ich hatte einen Fall, der hatte im letzten Jahr eine Filmproduktion durchgeführt, hat dafür 20.000 Euro zugesagt bekommen, alles vom letzten Jahr. Wenn er die Zahlung jetzt in den Zeitraum reinpacken muss, dann war sozusagen die ganze Soforthilfe weg. Mit dem Widerstand oder den Unmut, gerade unter Künstlern, aber auch unter anderen Solo-Selbstständigen, haben wir uns mit dem Aufruf solidarisiert.

Das Thema Stipendien finde ich jetzt völlig hervorragend. Ich hatte auch Bedenken am Anfang, das Programm wird aber sehr gut umgesetzt. Einfach, weil man den Vertrauensvorschuss hat, da geht das Land ran und gibt 15.000 Menschen 7.000 Euro. Über die Höhe kann man sich vielleicht streiten. Aber die können jetzt mal was tun. Leider gibt es hier aber die Angst, was macht das Land danach? Das Misstrauen für nächstes Jahr? Wie soll der Sachbericht aussehen? Bleibt es dabei? Vielleicht müssen wir dann doch noch einen zahlenmäßigen Nachweis bringen? Aber das ist ja mein Job, das Vertrauen aufzubauen, „ihr könnt damit arbeiten“. Aber es ist auch eine gute Herausforderung über die künstlerische Arbeit nachzudenken und wenn sie das formulieren können, diesen Prozess auch darlegen zu können, ist das hervorragend. Aber es ist kein Nachweis oder sonst was, es ist ein Vertrauensvorschuss. Und das versuche ich jetzt schon länger mit zu „predigen“, die Haltung muss eine andere sein. Da ist im Kulturbereich schon viel gegeben, im Wirtschaftsministerium noch nicht so ganz und beim Bund ist immer noch zu viel Misstrauen, noch zu viel Kontrolle. Deswegen ist es bei diesem Förderprogramm ein Schritt nach vorn.

Jetzt kommt noch mal das Problem mit der Verzahnung mit anderen Förderprogrammen, hier insbesondere die Überbrückungshilfe, ein Dauerthema. Ich weiß nicht, ob es jemand geschafft hat, herauszufinden wie das geht. Man braucht einen Steuerberater und muss aber selber einschätzen, dass man im Vergleich zum letzten Jahr 60 % reduzierte Einnahmen hat. Dann müssen die Leute aber genau die

Monate April, Mai überprüfen und das ist die erste Hürde. Dann gibt's die zweite Hürde, die man auch überspringen muss, um überhaupt in die Förderung reinzukommen. Das sind dann die Vergleiche mit Mai, Juni, Juli, August 2019 mit 2020 und da muss mehr als 50 % / 40 % Reduzierung der Betriebseinnahme nachgewiesen sein. Aber jeder weiß, im August gibt es meistens eine Nullrechnung, und das zu vergleichen mit dem Null-Monat August 2020 passt auch nicht so richtig. Also das ist eine Stelle, die zeigt, dass das in der Realität nicht funktioniert und das gilt nicht nur für Künstler, das gilt für viele andere auch. Da fehlt sozusagen diese Anbindung und deswegen meine ich: Erst gab es die Soforthilfe und anstatt sich sozusagen mit den Fachleuten nochmal genauer ins Benehmen zu setzen, was kann man denn besser machen, damit das Geld auch ankommt, passierte nichts? Denn jetzt ist die Erfahrung – Minister Pinkwart hat's erklärt – es gibt relativ wenige Anträge für die Überbrückungshilfe. Gerechnet hat man mit hunderttausend oder noch mehr, bundesweit sind es nun wahrscheinlich zehn-, zwanzigtausend, weil viele gar nicht über die Hürde kommen. Viele haben das Problem, gar nicht in die Förderung zu kommen, keinen Steuerberater finden oder nur Steuerberater finden, die zu teuer sind. Und wenn man nicht weiß, ob man das Geld wirklich bekommt, stellt sich die Frage: Wie bezahle ich den Steuerberater oder bleibe ich auf den Kosten sitzen. Es gab diese guten Versuche vom Land, die jeweils 1.000 Euro reinzupacken, aber das scheiterte dann natürlich auch. Man muss grundsätzlich die Antragsberechtigung haben. Von daher bedarf es nach wie vor Nachbesserungen, nicht nur für diese Programme, sondern auch für zukünftige Geschichten, damit das Geld auch wirklich ankommt.

Vielleicht noch einen Punkt: Grundsicherung. Ich fand das schon merkwürdig von Frau Grütters, immer drauf hinzuweisen, geht zur Grundsicherung, das ist alles da. Es ist eine vereinfachte Grundsicherung, die besteht meiner Ansicht nur in der Form, dass es in der Überschrift steht, aber auch nicht mehr. Die Frage der Vermögensprüfung: man darf kein erhebliches Vermögen haben, das heißt dann nicht mehr als 60.000 Euro. Aber Künstler*innen, Selbstständige, Solo-Selbstständige haben eine andere Form von Altersvorsorge. Das heißt nicht Zahlungen in die Rentenversicherung, das heißt aber auch nicht automatisch Riester und Rürup, nur die beiden, nur die festgezurrtten Altersvorsorge-Versicherungen greifen. Die sind geschützt, auch das selbstbewohnte Hauseigentum ist in dem Kontext geschützt. Aber die meisten haben ihre Altersvorsorge anders organisiert.

Was heißt denn 60.000 Euro, alles darüber ist dann weg. 100.000 Euro hört sich viel an, aber wenn man das dann ausrechnet, vielleicht kann man fünf Jahre damit auskommen, je nach dem Lebensstandard. Das sind die Grenzen, die da mit reinkommen, das ist nicht beachtet worden. Dabei ist mir auch aufgefallen, die Rentner*innen, Künstler und Selbstständige, die geringe Rente haben, die sind einfach vergessen worden im Gesetzgebungswahn. Kein Mensch hat daran gedacht oder auch mal nachgehakt. Das heißt, die müssen Sozialhilfe beantragen und da ist die Grenze 5.000 Euro für das Vermögen. Von daher lassen sie es sein, denn ein bisschen brauchen die natürlich auch. Es vermehren sich wieder Meldungen, dass die Menschen bei der Grundsicherung auch Arbeitsangebote, Weiterbildungsangebote haben. Die Künstler haben, nicht Berufsverbot, diesen Begriff würde ich nicht prägen, aber die haben Arbeitsverbote und deswegen kann man die da nicht reinsetzen. Die, die es wollen, die sich orientieren wollen, die würden es dann auch machen. Es gibt gute, funktionierende Job-Center, auch in den Kommunen. Es gibt aber auch die anderen, die Hardcover reagieren, die Leute malträtieren oder sich merkwürdige Geschichten ausdenken, wo zwei Welten aufeinander prallen. Und das funktioniert halt nicht. Das sind so die Punkte, die ich anregen möchte, wirklich nochmal aufzunehmen, auch in der Frage der zukünftigen Tätigkeiten für Beratungen. Und ich habe eine Sprechstunde gemacht, um regelmäßig zu informieren und letztlich auch zu beruhigen, um zu sagen, abwarten bei den ganzen Rückmeldebogen und bei anderen Dingen. Bei anderen Fragen, wie der Antragstellung erstmal beantragen und dann gucken, ob es passt und nicht umgekehrt. Denn viele Leute haben überlegt, passt, passt nicht und haben gegrübelt und haben dann gesagt, ach jetzt stell ich einen Antrag und dann war die Frist aber vorbei. Also eher den anderen Weg zu machen.

Vielleicht noch ein Punkt, das geht auch an die Verbände, es wird viel erzählt, dass das nicht geht mit der Soforthilfe, das Geld würde nicht ausgezahlt. Das verunsichert. Dafür sind Verbände und Kulturverwaltung notwendig, da entsprechende Informationen zu geben. Aber jetzt nochmal ein Appell an die Szene: doch ein bisschen sorgsamer umzugehen mit den Informationen, da wird viel durch die Gegend posaunt. Soweit.